Campus Demokratie
Stiftung Dialog

Campus für Demokratie vernetzt in Appenzell

Event vom 2. Dezember 2019

Vielfalt für eine inklusive Demokratie

Der Campus für Demokratie ist eine nationale Plattform für politische Bildung und Partizipation. Er bringt Akteure aus Praxis und Wissenschaft zusammen, die insbesondere Kinder, Jugendliche und Einwohnerinnen und Einwohner ohne Schweizer Bürgerrecht in ihrer politischen Bildung und Partizipation fördern.

Campus für Demokratie Stiftung Dialog – Monbijoustrasse 31, 3011 Bern
Tel. 031 370 17 29, info@campusdemokratie.ch, www.campusdemokratie.ch

Facts & Figures

Datum	2. Dezember 2019
Ort	**Stiftung Kinderdorf, 9043 Trogen**
29 Teilnehmende	Aus den Bereichen: Verwaltung, Bildung, Jugendarbeit, Politik, Stiftungen, Private
6 ReferentInnen	Moderation: Carol Schafroth, Geschäftsführerin Stiftung Dialog Begrüssung: Rosmarie Quadranti, Stiftungsratspräsidentin Kinderdorf Pestalozzi

Vielfalt für eine inklusive Demokratie

Referat von
Prof. Dr. Michael Beck,
Leiter Institut Bildung und Gesellschaft PH St. Gallen

michael.beck@phsg.ch

Was verstehen wir eigentlich unter dem Begriff der Vielfalt? Im Zentrum des von Prof. Beck vorgestellten Diversity Konzepts steht die Persönlichkeit einer Person. Umgeben ist diese von internen Dimensionen, etwa dem Alter, Geschlecht, Ethnizität oder der sexuellen Orientierung. Die Vielfalt einer Person wird jedoch auch durch externe Dimensionen, beispielsweise den Bildungshintergrund, die Religion oder das Einkommen bestimmt.
Unterschiedliche Dimensionen der Diversität spielen für die Sozialstruktur einer Gesellschaft eine wesentliche Rolle. Sozialstrukturen verdeutlichen die soziale Konstruktion von Trennlinien, nach denen sich Gesellschaften strukturieren. Hierbei wird zwischen zugeschriebenen Faktoren (z.B. Nationalität oder Geschlecht) und erworbenen Faktoren (z.B. Bildungsabschluss, Einkommen) unterschieden. Je nachdem wie diese Faktoren einer Person ausgestaltet sind, können sich für diese Person unterschiedliche Möglichkeiten eröffnen. Ungleiche Sozialstrukturen wirken sich in besonderer Weise auf die Handlungsoptionen eines Individuums aus, da sie dessen Lebenschancen und Zugang zu unterschiedlichen gesellschaftlichen Positionen beeinflussen. In diesem Zusammenhang verweist Prof. Beck auch auf das Konzept des sozialen Status, als Triage von Bildung, Beruf und Einkommen. Gerade der soziale Status identifiziert er als wichtige Trennlinie im Hinblick auf die politische Beteiligung.
In einem ersten Schritt beleuchtet Prof. Beck deshalb die Frage nach Gerechtigkeit in Hinblick auf Beteiligungsmöglichkeiten. Unterschieden werden hierbei drei Ebenen: Die Chancengerechtigkeit, die auf den Zugang fokussiert, die Verfahrensgerechtigkeit, welche auf den Prozess abzielt sowie die Ergebnisgerechtigkeit, die sich auf das Resultat bezieht. Was bedeutet dies jedoch für die Demokratie?

Hier lässt sich ein Bezug zum Input-Output Modell politischer Prozesse herstellen. So stellen sich in Hinblick auf die Input-Funktion von Politik im Rahmen der Chancengerechtigkeit Fragen wie «Wer setzt die Themen?» oder «Wer kann sich in Prozesse einbringen?». Hinsichtlich der Output-Funktion und der Prozessgerechtigkeit geht es darum zu eruieren, wie politische Prozesse zu Stande kommen. Beim Output sind die spezifischen Resultate und die Frage, welche gesellschaftlichen Gruppen von den Resultaten profitieren, von Interesse.
In einem weiteren Schritt widmete sich Prof. Beck der Frage der Unterscheidung zwischen konventioneller und unkonventioneller Partizipation. Beispiele für sogenannte „parteiorentierte Beteiligungsformen“ sind Parteiarbeit. Als „problemspezifische Aktivitäten“ gelten etwa BürgerInneninitiativen oder ziviler Ungehorsam, die als unkonventionelle Formen der Partizipation gelten. Ob konventionell oder unkonventionell partizipiert wird, hängt ganz wesentlich von politischen Interessen und der politischen Selbstwirksamkeit ab.
Wie sind nun aber die Zugänge zu politischen Prozessen und die Teilhabe an politischen Prozessen in Abhängigkeit unterschiedlicher Diversitätsmerkmale verteilt? Hier wird die These vertreten, wonach die

Partizipationsforschung häufig nur die Teilhabe, jedoch zu wenig die Frage des Zugangs und der Resultate berücksichtigt. Denn beim Zugang handelt es sich um eine Frage des Könnens, d.h. es geht um rechtliche Fragen, etwa ob man das Wahl- oder Initiativrecht besitzt. Doch welche Dimensionen der Vielfalt sind heute entscheidend dafür, ob der Zugang zu politischer Partizipation gewährleistet ist oder nicht? Prof. Beck stellt vor, dass der soziale Status, die Bildung, das Einkommen und das Geschlecht nicht mehr entscheidend sind im Hinblick auf den Zugang. Allerdings sind Migration, Alter und Behinderung zentrale Dimensionen, die sich auf den Zugang zu politischer Mitsprache auswirken. So ist das Stimm- und Wahlrecht an die Nationalität geknüpft. Auch geistig behinderte Personen unter Vormundschaft können nicht an Wahlen und Abstimmungen partizipieren. Zudem werden durch das Wahlrechtsalter Jüngere meist von der formalen politischen Partizipation ausgeschlossen. Im Hinblick auf die politische Teilhabe, die nicht nur das «Können» sondern auch das «Wollen» betrifft, sind auch andere Dimensionen der Vielfalt einflussreich. Beispielsweise lässt sich ein Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Wahlbeteiligung feststellen oder zwischen dem Alter und der Art und Weise der Partizipation. Zudem sind Personen mit Migrationshintergrund oder Menschen mit Behinderung beispielsweise seltener Mitglieder in Vereinen.

Was können wir vor diesem Hintergrund tun? Prof. Beck schlägt vor, Barrieren «psychischer» Natur abzubauen, (politische) Bildung in- und ausserhalb der Schulen zu stärken, eine aktive Beteiligung unterrepräsentierter Gruppen zu fördern, sowie Partizipation in Schulen und Betrieben zu institutionalisieren. Es gehe aber gleichsam auch darum, Barrieren rechtlicher und physischer Natur abzubauen. Möglich wäre dabei das Stimmrecht für (niedergelassene) AusländerInnen und Jugendliche (mindestens auf Gemeindeebene) oder der barrierefreie Zugang zu Informationen, z.B. in leichter Sprache.
Prof. Beck nahm in seinem Referat damit Bezug auf die wichtigsten Forschungserkenntnisse zu Vielfalt in der Politik: Erstens sind die soziale Herkunft, der Migrationshintergrund und das Geschlecht zentrale Determinanten politischer Teilhabe. Zweitens verliert das Geschlecht als Determinante politischer Teilhabe an Einfluss. Drittens ist es im Hinblick auf das Alter und die politische Selbstwirksamkeit besser, wenn man früh mit der Förderung beginnt. Und viertens ist für behinderte Personen die Barrierefreiheit noch lange nicht gegeben.

Eine Videoaufnahme des Referats finden Sie hier: bit.ly/2RJ6Xbi

Vier Projekte stellen sich vor

Tabea Mündlein,
Insieme Schweiz

TMuendlein@insieme.ch

Wahlhilfe in leichter Sprache und Kampagne #ichwillwählen von Insieme Schweiz
Erwachsene Schweizer BürgerInnen mit geistigen Behinderungen sind im Besitz des Wahlrechts, solange sie nicht unter einer umfassenden Beistandschaft stehen. Jedoch haben sie aufgrund ihrer Behinderung oftmals Mühe damit, die offiziellen Informationen zu den Wahlen zu verstehen und damit ihr Wahlrecht auszuüben. In Kooperation mit easyvote realisierte Insieme Schweiz deshalb eine Wahlhilfe in leichter Sprache. Damit die Wahlhilfe möglichst vielen Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung und unterschiedlichen Kompetenzen beim Wählen hilft, war an der Erarbeitung eine Arbeitsgruppe von Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen beteiligt. Zudem lancierte Insieme Schweiz die Kampagne #ichwillwählen, um dieses Anliegen zu kommunizieren. 11 Betroffene wurden dabei befragt, wieso sie wählen wollen, was es für sie bedeutet und welche Anliegen sie haben. Insieme Schweiz trägt damit zu einer Verbesserung der Rahmenbedingungen und gesellschaftlichen Voraussetzungen bei, damit Menschen mit geistiger Behinderung eigenständig und selbstbestimmt durch das Leben gehen können.
https://insieme.ch/insieme/waehlen/

Julian Friedrich, Stiftung Kinderdorf Pestalozzi

j.friedrich@pestalozzi.ch

Kinderkonferenz
Die Kinderkonferenz ist ein Gefäss zur Förderung der Kinderpartizipation an ihren Rechten und deren Ausgestaltung in der nationalen Politik, den Gemeinden, in Schulen und ihren Familien. Sie bietet Kindern die Möglichkeit, ihre Rechte kennenzulernen und über ihre Umsetzung in der Schweiz zu diskutieren. Der Bericht der Schweiz an den UN-Kinderrechtsausschuss zur Lage der Kinderrechte in der Schweiz gibt momentan der Kinderkonferenz einen Roten Faden. Die Kinderkonferenz soll als Möglichkeit genutzt werden, Kinder am Berichtsverfahren des sogenannten Schattenberichts der NGOs innerhalb des Länderberichts zu beteiligten und somit eine Partizipationsform für Kinder zu ermöglichen. Erarbeitete Forderungen werden während einer Abschlusskonferenz der Öffentlichkeit präsentiert und an die Politik übergeben. Zu den Zielen der Kinderkonferenz zählen eine Stärkung der Selbstwirksamkeit der Kinder, die Mitsprache am gesellschaftlichen Diskurs zu stärken, partizipatives Arbeiten an selbstgewählten Themen zu ermöglichen und das (An-)Erkennen gesellschaftlicher Vielfalt zu fördern.
www.pestalozzi.ch/de/news-events/events/kinderkonferenz-2019

Marianne Breu, Frauenzentrale Zürich

marianne.breu@frauenzentrale.ch

Mentoring Programm für politikinteressierte Frauen
Das Mentoring Programm der Frauenzentrale Zürich richtet sich an gesellschaftspolitisch interessierte junge Frauen zwischen 18 und 30 Jahre im Kanton Zürich. Politikerinnen stellen sich in diesem Programm als Mentorin für diese jungen Frauen zur Verfügung. Hierbei bietet sich die Chance, die Schweizer Politik von innen kennenzulernen und ein Jahr lang einer Politikerin aus dem Gemeinde-, Stadt-, Kantons- oder Nationalrat über die Schulter zu schauen. Dabei können die Teilnehmenden von zwei Weiterbildungen und einem grossen Netzwerk der Mentorinnen profitieren, um den eigenen Schritt in die Politik zu erleichtern. Das Programm ermöglicht einen ungefilterten Blick hinter die Kulissen der Schweizer Politik und kann bei der Beurteilung helfen, ob eine politische Laufbahn wirklich angestrebt werden soll. Für das Mentoring Programm stellen sich jedoch Herausforderungen durch das immer anspruchsvoller werdende Zeitmanagement der jungen, aktiven Frauen und der vielbeschäftigten Mentorinnen.
www.frauenzentrale-zh.ch

Bleiben Sie informiert!

Verpassen Sie keinen Campus für Demokratie Event und erfahren Sie über andere Veranstaltungen sowie News rund zum Thema politische Bildung und Partizipation. Wir informieren Sie gerne auf unseren Kanälen:

Website www.campusdemokratie.ch
Newsletter www.campusdemokratie.ch/kontakt
Facebook www.facebook.com/campusdemokratie
Instagram www.instagram.com/campusdemokratie
Twitter www.twitter.com/camp_demokratie